

# «Dem Bundesrat ist es offensichtlich nicht Ernst»

FDP-Ständerat Philipp Müller tritt zurück und kritisiert die Asylpolitik des Bundes.

## Sie treten 2019 nicht mehr zu den Wahlen an. Weshalb?

Ich bin seit 16 Jahren in Bern, zuvor war ich während über 6 Jahren Mitglied des Aargauer Grossen Rates. Nach mehr als 22 Jahren Politik scheint mir der richtige Zeitpunkt gekommen, neuen Kräften Platz zu machen. Ich möchte aufhören, solange es mir noch richtig Spass macht.

## Was waren die Höhepunkte Ihrer politischen Karriere?

Es ist kaum sinnvoll, auf sich selber zurückzublicken. Das sollen andere beurteilen. Aber die Zeit als Parteipräsident der FDP Schweiz wird mir für immer positiv in Erinnerung bleiben.

## Wie hat sich die Politik in dieser Zeit verändert?

Es wurde alles wesentlich öffentlicher, also medialer. Die ständige Medienpräsenz ist einerseits wichtig, um Transparenz zu schaffen, andererseits aber auch sehr anstrengend.

## Die Asylpolitik ist eines Ihrer Kernthemen. Im Mai fragten Sie, ob es dem Bundesrat Ernst sei mit der Wegweisung von Eritreern. Nach Überprüfung von 250 Dossiers hat der Bund bekannt gegeben, man könne in 20 Fällen die vorläufige Aufnahme aufheben.

Dem Bundesrat ist es offensichtlich nicht Ernst, wenn er nur so wenige wegweisen will. Der Hammer ist, dass man dafür eine Medienkonferenz veranstaltet. Das sieht eher nach einem Marketinggag aus: Seht her, wir tun etwas. Dabei sind seit Januar bis Ende Juli neu 545 Eritreer vorläufig aufgenommen worden.

## Wie viele Eritreer müssten Ihrer Ansicht nach gehen?

Vorläufig Aufgenommene sind Personen, deren Asylgesuch geprüft und abgelehnt wurde, weil sie keine Flüchtlinge im Sinne der Konvention sind. Sie erhielten nur deshalb eine vorläufige Aufnahme, weil man sie nicht in ihr Land zurückschicken konnte, beispielsweise weil sie aus einem Konfliktgebiet kommen. Das Gesetz sieht vor, dass der Bund diese vorläufigen Aufnahmen periodisch überprüft, ob die Gründe für eine vorläufige Aufnahme noch bestehen. Ist dem nicht so, müssen die Leute die Schweiz verlassen. Deshalb müssten alle 9500 vorläufig aufgenommenen Eritreer wieder gehen.

## Der Bund entzieht jenen die vorläufige Aufnahme nicht, die schon lange hier sind oder in ihrer Heimat keinen Zugang zu sauberem Wasser, zu Nahrung und zu medizinischer Versorgung haben.

Das sind keine Kriterien, ob jemand bleiben kann. Wenn es so wäre, müssten wir 75 Prozent der afrikanischen Bevölkerung aufnehmen. Es gibt klare Bedingungen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit jemand als Flüchtling gilt. Nach dieser Definition ist auch der eritreische Nationalservice kein Asylgrund. Das sieht auch das Bundesverwaltungsgericht so. Die Richter haben entschieden, dass eine Rückkehr nach Eritrea auch dann möglich ist, wenn die Leute ein Aufgebot für den Nationalservice

erhalten. Es gibt also keinen Grund, nicht alle der 9500 vorläufig aufgenommenen Eritreer zu überprüfen.

## Amnesty International und die Flüchtlingshilfe sagen, die Menschenrechtssituation in Eritrea habe sich nicht verbessert. Soll man Eritreer wirklich zurückschicken?

Ja, weil es sich dabei um Behauptungen handelt. Zudem ist einzig die Frage relevant, ob in Eritrea Verhältnisse herrschen, die gemäss Flüchtlingskonvention zur Aufnahme führen müssen. Dass die Menschenrechtssituation nicht westeuropäischen Standard entspricht, reicht nicht aus. Wenn die Menschenrechtssituation so schlimm wäre, weshalb kommt dann das Bundesverwaltungsgericht zum Schluss, dass eine Rückschaffung nach Eritrea möglich ist?

## Der Bund anerkennt aber nach wie vor rund 50 Prozent der eritreischen Asylbewerber als Flüchtlinge und nimmt weitere 25 Prozent vorläufig auf.

Im Juli hat der Bund 66,2 Prozent aller eritreischen Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt. Die Schutzquote, das ist die Anerkennungsquote plus die Quote der vorläufigen Aufnahmen, betrug 83 Prozent. Zum Vergleich: Bei den Syrern, in deren Heimat – anders als in Eritrea – Bürger-



**Philipp Müller**

Der Aargauer Vertreter der Freisinnigen zieht sich nach 22 Jahren aus der Schweizer Politik zurück.

krieg herrscht, betrug die Anerkennungsquote nur 40,9 Prozent. Ich frage mich, wie es kommt, dass die Syrer eine wesentlich tiefere Anerkennungsquote haben als die Eritreer, zumal doch zwischen Äthiopien und Eritrea Tauwetter herrscht.

## Selbst wenn der Bund viel mehr Eritreern die vorläufige Aufnahme entziehen würde, dürften die meisten hier bleiben. Eritrea akzeptiert keine Zwangsabschiebungen.

Das gilt leider auch für einige andere Staaten. In solchen Fällen müssen wir die falschen Anreize beseitigen, etwa indem sie keine Sozialhilfe mehr bekommen, also kein Bargeld mehr. Sondern nur noch Nothilfe.

## Wäre es nicht besser, diese Menschen zu integrieren, wenn sie ohnehin in der Schweiz bleiben?

Die Integration ist auf der ganzen Linie gescheitert. Vorläufig aufgenommenen Eritreer haben nach über sechs Jahren Aufenthalt bei uns eine Erwerbsquote von nur 36,4 Prozent. Bei den anerkannten Flüchtlingen ist die Quote mit 26,7 Prozent noch tiefer. Offensichtlich ist bei jenen, die den definitiven Bleibestatus haben, die Motivation zur Arbeit noch tiefer. Und wenn jemand erwerbstätig ist, bedeutet dies nicht unbedingt, dass er sich und seine Familie finanziell durchbringt. Bei den Eritreern beträgt die Sozialhilfequote 80 Prozent.

**Andrea Sommer**